



Vierteljähriger Abonnementstry, in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement, 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühr für den Raum einer sechshülligen Zeitung 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Erscheinung: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Beziehungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 253. Morgen-Ausgabe.

Siebziger Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewoldt.

Breslau, 3. Juni.

Die Feier der goldenen Hochzeit des Kaiserpaars rückt heran. Während man über das Programm der Festlichkeiten hinsichtlich orientiert ist, zeigt die offizielle Liste der bisher angemeldeten Gäste manche Lüde, die man einstweilen durch Combinationen ausfüllt. So wird darüber diskutirt, ob das österreichische Herrscherhaus durch ein Mitglied vertreten sein wird oder nicht. Während das „D. M. Bl.“ sich der leichten Ansicht zu neigt, spricht die „B. M. Z.“ von der Wahrscheinlichkeit, dass der österreichische Kaiser selbst nach Berlin kommen werde. In letzterem Falle hätte man es wieder einmal mit einer Dreikaiserkonferenz zu thun, der man vergebens jede politische Bedeutung absprechen würde. Freilich bemerkt man von dieser Seite, dass in diesem Falle sich Fürst Bismarck von den Festlichkeiten fern halten dürfte, womit der Anschein einer politischen Action vermieden wäre. Dagegen verlautet jetzt, es werde der Reichskanzler nächsten Montag wieder in Berlin eintreffen.

Bis zum Ablauf dieser Festtage kann man auch die Frage der Ministerveränderungen ruhig falt stellen. Die innere Lage weist auf einen solchen Wechsel in einzelnen Ressorts hin und die verlaufsläufigen Dementis der Offiziösen und der conservativen Freunde der neuen Aera können deshalb gegen diese sich immer stets erneuernden Gerüchte nicht auskommen. Das leichte derartige Dementi liegt in der Kreuzzeitung vor, welche u. A. schreibt: „Wir hören, sind diese Gerüchte nur als Combinationen aus der parlamentarischen Situation anzusehen; ein thatsächlicher Anhalt in bestimmten Vorgängen innerhalb der Regierungssphäre soll bisher in keiner Weise vorliegen.“

klarer und unzweideutiger ist die Widerlegung der Nachricht von der Rückkehr zur Doppelwährung durch die inspirations-beflissene „Nordd. Allg. Zeit.“ Dieselbe schreibt: „In den letzten Tagen beschäftigen sich die Zeitungen mit der Frage der Währung im deutschen Reiche und kommen hierbei zu dem Schluss, dass seitens der Reichsverwaltung das Verlassen der Goldwährung in Aussicht steht. Wir können erklären, dass in maßgebenden Kreisen hiervon nichts bekannt ist.“

Der zum Statthalter für Elsaß-Lothringen designirte Generalfeldmarschall Freiherr v. Manteuffel wird sich nach dem „D. M. C.“ unverzüglich nach der Sancion des Gesetzentwurfs über die elsassische Verfassung und Verwaltung auf seinen Posten nach Straßburg i. E. begeben. Zu gleicher Zeit erfolgt die Auflösung der betreffenden Specialbehörde für Elsaß-Lothringen in Berlin, deren meiste Beamten nach Straßburg überstiegen. Mit der Auflösung des Oberpräsidiums von Elsaß-Lothringen wird auch Herr v. Möller aus dem Amt scheidet. Der bei der Schlussabstimmung über das elsassische Verfassungsgesetz im Bundesrattheit seitens des bayerischen Bevollmächtigten gestellte Antrag, in das Gesetz eine Bestimmung aufzunehmen, wonach keiner der regierenden deutschen Fürsten Statthalter in den Reichslanden werden darf, hat in Bundesrattheiten nicht wenig Überraschung herverufen. Man muss sich in Erinnerung zurückrufen, dass vor kurzer Zeit die Nachricht auftrat, der Großherzog von Baden werde in seiner Eigenschaft als Generalinspector des 15. (elsassischen) Armeecorps zugleich mit der Regentschaft der Reichslande betraut werden. Andererseits ist die Reminiszenz wohl angebracht, dass Bayern unmittelbar nach dem Kriege auf das Weißenburger Gebiet Anspruch mache.

Wie uns der Telegraph meldet, ist der ehemalige österreichische Minister des Innern, Dr. Gisler, am Sonnabend gestorben. Gisler war am 30. December 1867 in das erste Ministerium Auersperg (das sog. „Bürgerministerium“) getreten, in welchem er sich durch seine schlagbereite, aber auch phrasenreiche Redefertigkeit hervorhat. Im Jahre 1870 demissionirte er, trat dann in entzündete Opposition zum Ministerium Hohenwart, untergrub aber seine politische Stellung durch seine finanziellen Manipulationen während der Gründerära. Sein Name wurde besonders im Prozess Osnheim in wenig schmeichelhafter Weise genannt. In politischer Beziehung war Gisler seit jener Zeit ein toter Mann.

Berichten aus Mitrowiza zufolge hat die Pforte neuerlich durch einen grossherlichen Ferman die Bewohner des Districtes Nowibazar auf den Einmarsch der Österreicher und die Befreiung der drei im Anhange zur Convention bezeichneten Punkte Brboj, Prjevalje und Bjelovar vorbereitet, wobei die Androhung der Todesstrafe für Diejenigen, die sich den österreichischen Truppen widersezen, von Neuem wiederholt wird. Zwei hervorragende Chefs der Arnauten, Ali Draga und Rorteschovitch, in Mitrowiza haben zugesagt, die Pforte in ihren Bestrebungen zu unterstützen und haben durch ihren Einfluss es dahin gebracht, dass in einer zu Sjenica abgehaltenen Versammlung der Gedanke an Widerstand aufgegeben wurde. Die Pforte selbst hat übrigens im District etwa 7000 Mann concentriert, welche ausreichend sind, jeden etwaigen Versuch der Friedensstörung durch arnautesche Banden niederzuhalten.

Über den Einbruch türkischer Truppen auf das griechische Gebiet liegen jetzt einige nähere Details vor. Die türkische Abtheilung soll beinahe 500 Mann stark gewesen sein, während die Insurgenten 150 Köpfe zählten; sie überschritt die Grenze angeblich bei Klemention, wohin sie die Versfolgten geflüchtet meinte. Da die türkischen Truppen der Aufforderung der griechischen Grenzwache, sich über die Grenze zurückzuziehen, nicht nachkamen, vielmehr auf die griechische Grenzwache Feuer gaben, entspann sich ein drei Stunden während Kampf, worauf die Türken wieder über die Grenze zurückgingen. Die türkischen Truppen haben einige Mann verloren, griechischerseits soll kein Verlust zu beklagen sein.

In Italien wird der Senat nun endlich auch bald zur Berathung über die Mahlsteuer gelangen. Seine Commission verfasst einen sehr umfangreichen Bericht, und sie kommt zu dem Schluss, dass es am besten sein würde, nur die Mahlsteuer auf geringe Mehle fallen zu lassen und als Ertrag dafür die Zuckersteuer zu erhöhen. Es scheint, dass die Regierung und im Grunde auch viele Abgeordnete mit dieser Lösung der Frage einverstanden sind; die meisten haben wohl nicht erwartet, dass das ganze Mahlsteuergesetz ungehindert den Senat passieren würde, und halten es für ganz zweckmäßig, sich mit der halben Abschaffung zu begnügen. Gegen die letztere sind nur die Abgeordneten aus dem Süden, weil dort die geringen Mehle keinen wesentlichen Bestandtheil der Nahrungsmittel fürs Volks bildeten, so dass ihre Clienten keinen erheblichen Vortheil aus dem abgeänderten Gesetz ziehen würden.

Die clericalen Partei fährt namentlich in Rom fort, Wahlversammlungen für die demokratischen Gemeinderatswahlen zu halten. Sie will ein Einheitsystem einrichten, welches ihr die Beteiligung sämlicher Anhänger und somit eine achtbare Zahl von Parteidämmern sichern soll.

Der Romische Correspondent des „Standard“ telegraphiert: „Im Vatican

finden wichtige Depeschen aus Berlin eingegangen. Eine Amnestie der verbannten deutschen Bischöfe und Priester ist wahrscheinlich.“

Die Nachricht, dass die französische Regierung ihren Einfluss geltend gemacht habe, um eine Vertagung des „Culturlampfes“ herbeizuführen, war eine ganz ungegründete. Sie hat ihre vollständige Widerlegung dadurch erhalten, dass der Bericht über die Unterrichtsvorlagen Jules Ferry's der Kammer aufs Schleinigt unterbreitet worden ist und dass sich am 30. v. Mts. bereits 20 Redner gegen, 7 für den Gesetzentwurf insbesondere hinsichtlich des Artikels, durch welchen die vom Staate nicht anerkannten Congregationen von der Erteilung des Unterrichts ausgeschlossen werden, haben einschreiben lassen.

Während die Bonapartisten, die jenes Vertagungsgesetz mit besonderem Eifer in Umlauf gebracht hatten, auf diese Weise ihren Feldzugspann vorläufig bereitstellten, ist es denselben, wie bereits gemeldet, in der Académie Française gelungen, ihre republikanischen Gegner aus dem Felde zu schlagen. Die Aufnahme des neuen Akademikers Henri Martin ist nach einer heftigen Discussion auf 6 Monate vertagt worden, weil der ehemalige Minister Napoleons sich weigerte, aus seiner Erwiderungsrede die für das Andenken Thiers' verlebenden Stellen zu streichen. Die „Nép. Fr.“ weist darauf hin, dass in diesem Falle die bonapartistische Taktik den Sieg davon getragen habe, da es geboten gewesen wäre, einen anderen Akademiker an Stelle des widerspenstigen Emile Ollivier mit der Erwiderungsrede zu bestreuen. In der Académie tritt man nach und nach der außerhalb derselben längst zur Geltung gelommenen Ansicht bei, dass es überhaupt kein geringer Misstritt gewesen ist, Herrn Ollivier in die Académie zu wählen, der durch sein rechthaberisches, anmaßendes und unversöhnliches Wesen alle Vorgänge, die ihm sonst eigen gewesen sind oder heute noch eigen sein mögen, mit aller Gewalt in den Schatten stellt.

Zu der Polemit, welche zwischen der „Republique Française“, dem „Journal des Débats“ und den englischen Blättern vor Kurzem geführt wurde, haben beide französische Blätter jetzt gleichzeitig eine Art Schlusswort gebracht. Die „Republique“ äußert sich sehr versöhnlich und wünscht von Herzen, dass ihre Besorgnisse, wie man ihr von London erwidert, sich als unbegründet herausstellen werden. Das „Journal des Débats“ aber lässt seinen Widerpart nicht so leicht Rausen davonkommen. Es lehrt sich namentlich gegen die „Times“ und gegen das von diesem Blatte vertheidigte doppelseitige Verhalten Englands. Der betreffende Artikel der „Débats“ schließt:

„Und die „Times“ wundern sich, dass eine solche Handlungswise uns unangenehm überrascht hat? Und sie bellagen sich, dass wir uns eingerenzt hätten, nicht erwehren könnten? Von dem Werthe eines intimen Einverständnisses zwischen Frankreich und England sind wir ebenso überzeugt, wie sie; um aber solid und dauerhaft zu sein, muss dieses Einverständnis schlechterdings auf unbedingtem gegenseitigen Vertrauen beruhen, und wenn die beiden Nationen irgendwo eine Verhaltungslinie vereinbart haben, darf es uns nicht passieren, dieselbe allein einzuhängen, während unsere Bundesgenossen anderwärts einseitige Erfolge suchen.“

Sir Garnet Wolseley verließ am 29. d. auf dem Schiffe „Edinburgh Castle“ England, um nach Süd-Afrika abzugehen. Er hat den Obersten Pomroy Colley, gegenwärtig Privatscretär des Kriegsministers von Indien, zu seinem Generalstabchef gewählt, und dieser wird sich von Simla aus direkt nach Natal begeben. Colley gilt als tüchtiger Offizier. Er ist erst etwa vierundvierzig Jahre alt, also etwas jünger als Wolseley selbst, und hat mit Wolseley zusammen 1860 in China gedient. Vorher schon lernte Colley die Capsgrenze kennen. Unter seinen Fachgenossen gilt Sir Garnet Wolseley, wie der „Kölnischen Zeitung“ aus London gemeldet wird, für ein Glückskind, und das Schiff hat ihm auch in der That eine wunderbar schnelle, mit Kriegsdiensten der verschiedensten Art reich gesegnete Laufbahn befahren. Mit einundvierzig Jahren wurde er Generalmajor. Für seine Dienste im Aschanti-Kriege erhielt er höheren Ritterrang und eine Dotierung von 25.000 Pf. St. Im Jahre 1875 wurde er zur Lösung der damals schwierigen Streitfrage nach Natal gesendet; daher seine Kenntnis dertiger Verhältnisse. Im folgenden Jahre ward er zum Mitgliede des indischen Rates gewählt. Seine Befrachtung mit der Verwaltung von Ceylon ist in allgemeiner Erinnerung. — Acht Compagnien Marine-Infanterie und zwei Compagnien Marine-Artillerie, im Gauen 1130 Mann, haben neuerdings Befehl erhalten, sich nach dem Cap einzuschiffen.

Bei Beendigung der vom belgischen Repräsentantenhause am 22. April begonnenen allgemeinen Besprechung der Schulfrage gab Herr Malou am 30. v. Mts. in seinem Vortrage zu verstehen, dass die Bischöfe von Rom einen Wink bekommen hätten, ihre Haltung gegen die Regierung zu mässigen. Wenigstens sagte er: „Der Minister des Auswärtigen Amts, der mit dem Vatican in Verhandlung stand, hat gesagt, er befürge, dass die Bischöfe unsere Staatseinrichtungen angegriffen würden, er hätte wohl wissen sollen, dass er solche Angriffe nicht zu befürchten hat.“ Als Frère-Orban darauf erwiderte, er sei bereit, darüber sofort eine Debatte zu eröffnen, wollte das Haus nicht darauf eingehen, so dass man nicht erfuhr, was Malou denn eigentlich gemeint hatte.

Die Gründe, aus denen sich die spanische Regierung (siehe die teleg. Dep. in Nr. 252!) nach allen Seiten hin beilt, die Versicherung abzugeben, dass sie sich der grössten Sparsamkeit bekleidet haben, sind allerdings sehr dringliche. Es ist leider nur zu wahr, dass einzelne Provinzen des Königreichs mit Schreden einer allgemeinen Hungersnoth entgegen sehen. In Madrid und vielen anderen Städten sind die Brotpreise zu fast unerschwingbarer Höhe gestiegen und die Behörden suchen nach Mitteln und Wegen, um dieser Preissteigerung Einhalt thun zu können. Die Madrider Municipalität hat beschlossen, den Lohn der von der Stadt beschäftigten Leute zu erhöhen, gleichzeitig, aber auch auf eigene Kosten Brot backen zu lassen, welches zu billigerem Preise verkauft werden soll, als bei den Bäckern. In Cordoba hat die Städtebehörde ähnliche Schritte gethan, während in anderen Städten die Noth so groß ist, dass das Brot hat unentbehrlich verteilt werden müssen. Der geringe Aussall der leichten Ernte, sowie die schlechten Aussichten hinsichtlich der nächsten haben nach allgemeiner Ansicht am meisten zu dem gegenwärtigen Nothstand beigetragen, doch hat sich die Speculation der Lage bemächtigt und eine weitere Steigerung der Noth beschleunigt. Angesichts dieses Umstandes verlangen hervorragende Preßorgane eine zeitweilige Herabsetzung der Eingangszzölle, der Octroigebühren und Municipaltaxen auf Getreide. Die Schuhzollagitation, welche in Spanien seit Jahr und Tag sehr lebhaft betrieben wird, hat sich natürlich des Nothstandes als eines höchst wirklichen Agitationsmittels bemächtigt, sie macht die ausgedehnte Einfuhr amerikanischen Getreides für die gegenwärtige Krisis verantwortlich. Kenner der spanischen Verhältnisse behaupten allerdings, dass die gänzlich veraltete Methode, dort den Ackerbau zu betreiben,

es den Bäckern und Gutsbesitzern zumeist unmöglich macht, die Concurrenz der amerikanischen Getreideeinfuhr auszuhalten. Der Madrider Correspondent der „Débats“ führt die gegenwärtige Krise zum großen Theil auf den schlaffen Geschäftsgang, sowohl im Ackerbau als im Handel, und auf die exorbitante Höhe der Octroiegebühren in allen grösseren Städten zurück.

In Norwegen ist das Armeebudget dem Storting von der Regierung mit 6,750.000 Kronen gewöhnlicher und 1,076.000 Kr. außerordentlicher Ausgaben vorgebracht worden; der Ausschuss hat es aber um 2,300.000 Kr. reduziert und empfohlen, nur 4,450.000 Kr. (im vorigen Jahre 7,225.000 Kr.) zu bewilligen, weil er die sehr unbeliebte Einkommensteuer vermeiden will. So hat denn die Mehrheit des Stortings die 500.000 Kronen gestrichen, welche man für die Festungen bei Drøbaklund (Oskarsborg) gefordert hatte, ja sogar die auf 70.000 Kr. ermäßigte Forderung wurde mit 71 gegen 37 Stimmen verworfen. Das schwedische Budget für 1880 ist vom Reichstag auf 72,630.000 Kr. festgestellt worden. Der Regierungsintrag hatte auf 74,650.000 Kr. gelautet.

Deutschland.

Berlin, 2. Juni. [Das Eisenbahntarifgesetz im Bundesrat. — Berathung der Schutz- und Finanzzölle. — Zum Schluss der Reichstagsession. — Der hannoversche Städtetag und die Nationalliberalen. — Finanzielle Manipulationen bei der Verstaatlichung von Privatbahnen. — Wirtschaftliche Errungenschaften des Norddeutschen Bundestages. — Errichtung von Bank-Neben-Anstalten. — General-Conferenz des deutsch-österreichisch-ungarischen Eisenbahn-Verbandes.] Die Arbeiten der Commission des Bundesrates über das Eisenbahntarifgesetz sind in zweiter Lesung abgeschlossen. Man erwartet, dass das Plenum des Bundesrates sich über die Vorlagen der Commission unmittelbar nach seinem Zusammentritt nach Pasingen schlüssig machen wird. Obwohl die Mittelstaaten Sachsen, Baden und Württemberg sich im Prinzip auf das Lebhafte gegen die Basis der Vorlage des Reichskanzlers, nämlich die Annahme gleicher Einheitszölle für alle deutschen Bahnen, erklärt haben, obwohl diese Staaten ferner darlegen, dass die vorgeschlagenen Einheitszölle die finanziellen Resultate ihrer Staatsbahnen noch weiter erniedrigen werden, hat doch schließlich eine Verständigung über die Einheitszölle selbst stattgefunden. Die Reform, welche im Eisenbahnwesen somit in Aussicht steht, übertrifft an Tragweite vielleicht die Zollreform. Wir hören, dass diese große Frage dem Reichstag noch in dieser Session vorgelegt werden soll. Die Wirkung der Änderung der Eisenbahntarife für das Erträgnis der Bahnen, wie für das interessierte Publikum kann nicht vorausgesesehen werden. Ermäßigungen wie Erhöhungen der Tarife werden unverhofft und unerwartet eintreten; sie müssen von Federmann angenommen werden, freilich ohne dass das Interesse des Publikums oder der Bahnen solche Veränderungen notwendig macht. Ob die Majorität des Reichstags in diesem unsicherer Gebiete den Schritten des Reichskanzlers folgen wird, ist mehr als zweifelhaft. Die Vertreter der Mittelstaaten werden nicht zulassen können, dass die Finanzen ihrer Bahnen einfach ignoriert werden; das Centrum ist der zu großen Centralisierung der Staatsgewalt im Eisenbahnwesen überhaupt abhold. Die Liberalen endlich haben keine Veranlassung, die Eisenbahnpolitik des Reichskanzlers, die bloß eine wirtschaftliche zu sein scheint, in Wahrheit aber nur politische Tendenzen verfolgt, zu unterstützen. — Innerhalb der Tarifcommission des Reichstages haben sich die maßgebenden Mitglieder geeinigt, die erste und zweite Lesung zu benötigen, bevor die zweite Lesung der Finanzzölle stattfindet. Man will über das Erträgnis der Schutzzölle einen Überblick haben, um mit grösserer Sicherheit an die Berathung der Finanzzölle gehen zu können. — Guten Vernehmen nach bemühen sich jene Mitglieder des Reichstags, deren Beziehungen zum Fürsten Bismarck bekannt sind, den Schluss der Session möglichst zu beschleunigen. Sie verlangen, dass die Tarif-, Tabak- und Brausteuers-Commissionen ihre Arbeiten beilegen, die Redner im Plenum sich kurz fassen, die Debatten durch Schlussanträge auf ein Minimum beschränkt werden etc., damit die Session Ende Juni geschlossen werden kann. Alle Berechnungen der Präsidial-Mitglieder und hervorragender liberaler Abgeordneten stimmen jedoch darin überein, dass vor dem 8. Juli das vorliegende Material nicht bewältigt werden kann. — Hannover hat auch seinen Städtetag gehabt. Es wohnten denselben u. A. die Abg. von Beningen und Miquel bei. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Sage der nationalliberalen Partei einer vertraulichen Besprechung unterzogen. Diese Seite der Verhandlungen entzieht sich vorläufig noch der Offenlichkeit. Es transpiriert nur, dass der alte Stamm der nationalliberalen Reichstags- und Landtags-Abgeordneten in seiner Mehrheit nicht den Beningenschen Standpunkt teilt, weil die Partei stets in ihrem Programm für den Freihandel eingetreten ist. Auch Herr von Beningen war der freihändlerischen Richtung entschlossen zugethan, wie aus seinen früheren mannigfachen Reden nachgewiesen werden kann. Seinem Einfluss in der hannoverschen liberalen Presse ist es zu verdanken, dass schutzöllerische Anwendungen einzelner Blätter sofort unterdrückt worden sind. Wir könnten ein Beispiel anführen, wo vor zwei Jahren der talentvolle Chefredakteur eines der maßgebenden Blätter Hannovers sofort entlassen wurde, weil er nach dem Ausspruch des Herrn von Beningen sich schutzöllerischer Tendenzen schuldig gemacht hat. — Die specielleren Nachrichten über die Generalversammlungen der Berlin-Stettiner und Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahn, welche sich bekanntlich mit Majorität für die Ueberlassung dieser Bahnen an den Staat aussprochen, haben dargethan, dass es die Stimmen der großen Finanzleute gewesen sind, welche in diesen Versammlungen den Ausschlag gegeben haben. Aus den Kreisen der alten Actionäre mit dauerndem Besitz hat sich die Minorität zusammengetestzt, welche zu der günstigen Entwicklung der früher finanziell blühenden, durch Neubauten und Concurrenten geschädigten Unternehmen nach wie vor vertraut. Die Verantwortung für diese Gefährdung wohlberechtigter Privat-Interessen trifft lediglich die Staatsregierung. Ohne Zusammenhang mit derselben können die Finanz-Institute vergleichende Beschlüsse in den Generalversammlungen nicht herbeiführen oder unterstützen. Neu ist die Vertretung

